



Dass «die Bilateralen» der Schweiz nur Gutes bescheren, wird von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bundesverwaltung täglich heruntergebetet. Wer daran zweifelt, wird diskussionslos als «Populist» kaltgestellt. Eine soeben veröffentlichte Studie der Uni St. Gallen stellt den Wert der Bilateralen jetzt allerdings wohlfundiert in Zweifel. Sie wird weitgehend totgeschwiegen.

Teils breitgeschlagen – teils verschwiegen

Fake-News und EU-Propaganda

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Unablässig – als willfährige Echos auf Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Bundesverwaltung – singen die hiesigen Medien unisono das Hohe Lied vom überragenden Nutzen der Bilateralen – insbesondere der Personenfreizügigkeit – für die Schweiz.

Studien lieferten dazu bisher widersprüchliche Berechnungen. Eine einzelne – auf die sich Economiesuisse laufend beruft – präsentiert zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit positive Zahlen. Gleichzeitig beteuert sie aber, dass sich die «Gültigkeit» dieser Zahlen erst etwa 2035 einwandfrei überprüfen lasse – dann, wenn keiner der heutigen Autoren irgendwo noch in der Verantwortung steht.

Keinerlei ernsthafte Diskussion

Wer Zweifel am angeblichen Erfolgsmodell «Bilaterale» äussert, wird medial kurzerhand als Populist diffamiert und der Verbreitung von «Fake-News» bezichtigt. Eine ernsthafte Diskussion findet nicht statt. Jeder Ansatz dazu wird sofort abgewürgt.

So, als wäre der tägliche Zusammenbruch der Verkehrsnetze rund um die Schweizer Städte eine üble Erfindung notorischer Lügner; als sei der Zusammenhang zwischen Personenfreizügigkeit und Masseneinwanderung böswillige

Unterstellung. Erst recht ausgeblendet wird die Tatsache, dass die dank Personenfreizügigkeit stattfindende Masseneinwanderung vielen Gemeinden ruinöse Sozialhilfekosten beschert – weil viel zu viele Einwanderer hier nie auch nur einen Streich zu arbeiten bereit sind. Personenfreizügigkeit, Schengen-Vertrag, Dublin-Vertrag: Ein EU-Konstrukt, das Europa in den Ruin treibt.

Die St. Galler Studie

Soeben ist eine neue Studie erschienen. Sie wurde an der Universität St. Gallen erarbeitet – und räumt mit all den beschönigenden Mythen rund um die vergötterten Bilateralen gründlich auf. Die Schweiz – weist diese St. Galler Studie nach – sei seit 2008 (also seit weniger als zehn Jahren) mindestens zweihundertmal durch marktwidrige EU-Massnahmen zugunsten maroder Konzerne oder Industriezweige in einzelnen EU-Ländern schwer geschädigt worden. Der Schaden wird sogar beziffert: Er trifft die Schweizer Wirtschaft mit 17 Milliarden Franken. Und dies jedes Jahr! Dass die Freihandelswidrigen Schutzmassnahmen vor allem von unsern Nachbarn Deutschland, Frankreich und Italien durchgesetzt wurden, habe der Schweiz überdurchschnittlichen Schaden bereitet.

Weder Economisuisse noch die Bundesverwaltung hatten sich bisher getraut, diese St. Galler Studie der Verbreitung von Fake News, von Falschmeldungen zu bezichtigen. Sie sagen überhaupt nichts, verschweigen ihr Erscheinen kurzerhand. Die Basler-Zeitung hat bis heute als so ziemlich einziges Blatt in einem Kommentar auf Existenz und Inhalt dieser EU-kritischen Studie hingewiesen. Die übrigen Medien tun, als wäre sie nicht erschienen. Müssen sie warten, bis ihnen Economisuisse und Bundesverwaltung zutragen, wie sie sich zu dieser neuen, brisanten Studie stellen sollen?

Vieldeutige Statistik

Ein anderer, mit der Personenfreizügigkeit in Zusammenhang stehender Fall von Fake News ist in diesen Tagen ans Tageslicht gelangt.

Die meisten dürften sich erinnern: In der Silvesternacht vor knapp fünfzehn Monaten kam es vor allem in Köln zu hunderten schweren Angriffen und Übergriffen auf zumeist junge Frauen. Selbst Vergewaltigungen wurden Tatsache.

Schon damals wollte man das wüste Geschehen verschweigen – weil als Täter vor allem Asylanten aus Nordafrika eruiert wurden, was so gar nicht ins Bild der von der Bundeskanzlerin ausgerufenen «Willkommenskultur» passen wollte. Weil die gewalttätigen Angriffe sehr viele Opfer trafen, brach das Tatverschweigens-Konzept nach einigen Tagen zusammen. Ernsthafte Konsequenzen hatten die Gewalt-Übergriffe allerdings bloss für wenige Täter.

Zur letzten Silvesternacht vor zweieinhalb Monaten wurde das Informations-Konzept radikal geändert. Schon vor Tagesanbruch wurde bekannt, es hätten auf dem Platz vor dem Kölner Dom praktisch keine Angriffe auf Frauen stattgefunden – ein Erfolg der «Gesellschaftsarchitektur» des Multikulti-Zusammenlebens.

Die Meldung wurde begleitet von einem wüsten Mediensturm auf die Polizei, die europaweit lauthals «verwerflicher rassistischer Wortwahl» bezichtigt wurde, weil die Polizisten – welche Unheil – die aggressiven Nordafrikaner im Polizeijargon zu «Nafris» abgekürzt hatten...

Der wohlbedacht hysterisch entfachte Sturm gegen die Polizei wirkte: Kaum ein Journalist ging noch den Ursachen der «friedlichen Nacht auf dem Domplatz» nach, von dem die Medien berichteten. Hätten sich Journalisten bei der Polizei orientiert, dann hätten sie die zutreffende Mitteilung erhalten: Das Ausbleiben von Übergriffen hatte einen klar erkennbaren Grund. Er bestand darin, dass sich nach den «Ereignissen» ein Jahr zuvor in der Silvesternacht 2016/2017 gar keine Frauen mehr auf diesen vorjährigen Schauplatz der Übergriffe wagten. Denn allen Frauen in und um Köln war klar: Der Domplatz ist zu meiden! Und sie mieden ihn.

Dies als «Erfolg» der «Willkommenskultur» gutzuschreiben, gehört in jene Kategorie von Fake News, die an Desinformation kaum mehr zu überbieten sind.

Ulrich Schlüer